**10 Thesen des schleswig-holsteinischen Handwerks zur Kommunalwahl 2018**

Das Handwerk ist eine tragende Säule der schleswig-holsteinischen Wirtschaft. Über 31.000 Betriebe mit 170.000 im Handwerk tätigen Menschen erarbeiten jedes Jahr einen Umsatz von über 17 Mrd. Euro. Das Handwerk hat Tradition, das Handwerk ist vor Ort seit Generationen verwurzelt. Deshalb hat das Handwerk auch eine große Zukunft in den Städten und Gemeinden unseres Landes. Der wirtschaftliche Stellenwert des Handwerks ergibt sich nicht nur aus der großen Zahl seiner Betriebe und seiner Beschäftigten, sondern auch durch seine individuellen Qualitätsprodukte und Ausbildungsplätze. Mit über 16.000 Auszubildenden werden über 30 Prozent aller Lehrlinge im Handwerk ausgebildet. Damit übernimmt dieser Wirtschaftsbereich eine wichtige Rolle im Rahmen der Integration von Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft in das Arbeits- und Sozialleben.

Das Handwerk ist gemeinwohlorientiert. Viele Handwerker engagieren sich in ihrer Kommune, auf politischer Ebene, in Vereinen und als Förderer von Kunst und Kultur. Aufgrund seiner überwiegend klein- und mittelbetrieblichen Struktur ist das Handwerk in Schleswig-Holstein zudem stabilisierender Faktor auf dem Beschäftigungsmarkt einer jeden Kommune.

Die Leistungsfähigkeit des Handwerks ist von entscheidender Bedeutung für die Wirtschaftskraft der Kommunen und trägt daher zur Qualität des kommunalen Lebens bei. Die Wahrung der Leistungsfähigkeit des Handwerks verlangt nach einer auch an den Interessen des Handwerks ausgerichtete Politik.

**Anlässlich der Kommunalwahl im Mai 2018 fordert das freiwillig organisierte Handwerk in Schleswig-Holstein deshalb,**

1. **dem Fachkräftemangel gemeinsam aktiv zu begegnen!**

Die Betriebe spüren zunehmend, dass es schwieriger wird, passende Fachkräfte und Auszubildende zu finden. Gleichzeitig werden die eigenen Mitarbeiter im Durchschnitt immer älter. Kleine und mittlere Betriebe stehen vor wirtschaftlichen Herausforderungen, die sie mit ihren begrenzten personellen und zeitlichen Ressourcen nur schwer allein bewältigen können. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels stehen besonders Handwerksunternehmen vor der Herausforderung, Strukturen zu schaffen, die vorhandenen Mitarbeiter langfristig an ihren Betrieb zu binden. Das Handwerk ist der Überzeugung, dass dies nur mit der konsequenten Stärkung der dualen Berufsausbildung und der Stärkung von regionalen Fortbildungsangeboten gemeinsam mit dem Handwerk gelingen kann. Gerade beim Übergang Schule Beruf kommt den Kommunen eine besondere Verantwortung zu. Deshalb sollten Kommunen und Handwerk gemeinsam an Lösungen z.B. für niedrigere Quoten etwa bei Schulabbrechern arbeiten ohne dabei das Qualitätsniveau abzusenken.

1. **die Bildung regional zu stärken!**

Vor dem Hintergrund einer breiten Abwanderung in die Großstädte müssen gerade ländlichere Kommunen ein erhebliches Interesse daran haben, dass eine breite ortsnahe betriebliche Ausbildung erhalten bleibt. Die Kreishandwerkerschaften sind seit vielen Jahren Partner der Kommunen und Garant für eine regionale Bildungspolitik. Untrennbar mit einer erfolgreichen Standortpolitik und nachhaltigen Bildungspolitik ist ein ausreichendes Lehrerangebot auch an dezentralen Schulstandorten verbunden. Erfolgreiche Nachwuchssicherung für den Lehrerberuf benötigt frühzeitige Berufsorientierung und attraktive Rahmenbedingungen an den Schulstandorten.

Darüber hinaus fordert das Handwerk, Kindern gerade aus einkommensschwachen Familien einen ungehinderten Zugang zu einem umfassenden Betreuungs- und vorschulischen Lernangebot zu ermöglichen. Dabei ist insbesondere auf eine intensive Sprachförderung - gerade auch bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund - als Eintrittskarte zu Bildungsabschlüssen und zum Arbeitsmarkt zu achten.

Als Schulträger sind die Kommunen und Kreise aufgefordert, ihren Einfluss bei den Schulen geltend zu machen, um eine Berufsorientierung durchzuführen, die die Chancen einer dualen Berufsausbildung und die Möglichkeiten weiterer beruflicher Entfaltung, insbesondere im Handwerk, verdeutlicht. Das Angebot vollzeitschulischer Maßnahmen, die eine Konkurrenz zu einer dualen Berufsausbildung darstellen können, ist zu vermeiden.

Um darüber hinaus die Erreichbarkeit der regionalen Bildungsangebote und damit deren Akzeptanz zu sichern, müssen Kommunen Lösungen für einen äußerst flexiblen und bedarfsorientierten öffentlichen Personennahverkehr entwickeln. Der Bedarf, wann Auszubildende an welchem Lernort sein müssen, muss den Fahrplan und die Einsatzzeiten bestimmen.

1. **klare Regeln für die wirtschaftliche Betätigung von kommunalen Unternehmen zu schaffen!**

Die schwierige Haushalts- und Finanzlage vieler Kommunen sowie das Wegbrechen bisheriger Geschäftsmodelle im Bereich Strom und Gas aufgrund der Energiewende haben dazu geführt, dass deren wirtschaftliche Betätigung sich nicht mehr auf den Bereich der Daseinsvorsorge beschränkt, sondern weit darüber hinaus reicht und neue wirtschaftliche Betätigungsfelder umfasst.

Die Aufgaben der öffentlichen Hand müssen sich aber auf die Kernbereiche der kommunalen Daseinsvorsorge beschränken; es darf zu keiner Konkurrenz zum Handwerk durch neue Betätigungsfelder der Kommune kommen, da eine solche Konkurrenz nicht fair sein kann. Die private Leistungserbringung muss Vorrang haben! Deshalb fordert das Handwerk eine Klarstellung im Gemeindewirtschaftsrecht Schleswig-Holsteins, um eine Konkurrenz zwischen Handwerksbetrieben und kommunalen Wirtschaftsbetrieben zu vermeiden. Die politischen Vertreter in den Kommunen fordert das Handwerk auf, in den Gremien der kommunalen Wirtschaftsbetriebe sowie in den Gemeinde- und Stadtvertretungen darauf zu achten, dass es zu keiner Konkurrenz zwischen kommunalen Wirtschaftsbetrieben und Handwerksbetrieben kommt.

1. **kommunale Bündnisse gegen Schwarzarbeit nach dem Modell der Ermittlungsgruppe (EGS) von den Kreisen Ostholstein, Neumünster und Plön aufzubauen!**

Das Handwerk leistet einen großen Beitrag zu Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung in Schleswig-Holstein. Doch Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung, und Scheinselbstständigkeit führen gerade im Handwerk zu Wettbewerbsverzerrungen für die Unternehmen und zu Lohn- und Sozialdumping für Arbeitnehmer. Dies alles vernichtet dauerhaft legale Arbeitsplätze. Zusätzlich werden dem Staat Steuern und Sozialversicherungsbeiträge in beträchtlicher Höhe vorenthalten. Durch weitere Bündnisse auf kommunaler Ebene könnte somit eine konkrete, nachhaltige Wirkung für faire Rahmenbedingungen der heimischen Wirtschaft erzielt werden.

1. **eine flächendeckenden Glasfaserstandard schnellstmöglich sicherzustellen, damit die Chancen der Digitalisierung überall genutzt werden können!**

Gerade der ländliche Raum ist in Schleswig-Holstein noch immer nicht mit schnellem Glasfaserstandard versorgt. Dies ist ein Wettbewerbsnachteil für Handwerkbetriebe auf dem Land gegenüber der Konkurrenz in den Städten und der Metropolregion Hamburg. Um den ländlichen Raum zu stärken und gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen fordert das Handwerk, die Anstrengungen für einen schnellen Ausbau des Glasfaserstandards weiter zu steigern, damit ein flächendeckender Glasfaserstandard in den nächsten fünf Jahren erreicht werden kann und die Betriebe die Chancen der Digitalisierung überall im Land nutzen können.

1. **zusätzliche Mittel für die Verbesserung der kommunalen Straßen einzusetzen!**

Das Handwerk erkennt an, dass in Schleswig-Holstein die Investitionen in die Infrastruktur in fast allen Bereichen 2018 deutlich steigen werden. Die neue schleswig-holsteinische Landesregierung hat darüber hinaus 2017 die Pflicht der Kommunen zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen abgeschafft. Wir begrüßen, dass die Kommunen in die Lage versetzt werden, langfristig Straßenausbaubeiträge flexibel und ohne Verdrängungswettbewerb untereinander handhaben zu können. Diese Möglichkeit sollte von den Kommunen so genutzt werden, dass die neue Regelung nicht zu einem kommunalen Flickenteppich führt, da dies im Sinne eines fairen Standortwettbewerbs nicht wünschenswert ist. Es darf für Traditionsbetriebe, die in ihren Heimatdörfern verwurzelt sind, keine Frage von Glück oder Pech sein, ob in ihrer Kommune Straßenausbaubeiträge gezahlt werden müssen oder nicht.

Aus Sicht des Handwerks müssen Gemeinden, Ämter, Städte und Kreise langfristig finanziell in die Lage versetzt werden, ihren Verpflichtungen gegenüber Bürgern und Betrieben nachzukommen. Dazu braucht es einen am Bedarf ausgerichteten gerechten kommunalen Finanzausgleich.

Sollte es bis dahin durch die gute wirtschaftliche Lage in den Kommunen zu Mehreinnahmen kommen, so sollten diese Mittel zweckgebunden zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur eingesetzt werden.

1. **dass die kommunale Gesundheitsversorgung auch durch die Gesundheitshandwerke in Zukunft sichergestellt werden kann!**

Die flächendeckende, bedarfsgerechte und wohnortnahe Gesundheitsversorgung ist nicht nur ein wichtiges Ziel der Gesundheitspolitik. Vielmehr muss die Sicherstellung der regionalen Gesundheitsversorgung ein verstärktes Ziel der Kommunalpolitik sein. Denn die lokale Gesundheitswirtschaft kann in einer Gesellschaft im demografischen Wandel ein bedeutender Antrieb für die Stabilität und Entwicklung der Infrastruktur sowie der Attraktivität von Gemeinden, Kreisen und kreisfreien Städten in Schleswig-Holstein sein. Mit ihr kann darüber hinaus die lokale Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden. Bei der zukünftigen kommunalen Raumplanung sowie bei regionalen Entwicklungsmaßnahmen als Teil einer wohnortnahen, bedarfsgerechten und flächendeckenden medizinischen Versorgung sollten diese Aspekte stärker berücksichtigt werden, denn die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen gerade im Bereich der Gesundheitshandwerke (Augenoptiker, Hörgeräteakustiker, Orthopädieschuhtechniker, Orthopädietechnik-Mechaniker und Zahntechniker) wird in einer älter werdenden Gesellschaft gerade in Schleswig-Holstein weiter steigen.

1. **mehr Gewerbeflächen in allen Kreisen und Städten durch Umwandlung und Ausweisung bereitzustellen!**

Schleswig-Holsteins Städte und Gemeinden befinden sich im strukturellen Wandel. Viele ehemalige Einzelhandelsstandorte oder Industrieflächen liegen teils seit Jahren brach. Im Handwerk dagegen werden diese Flächen dringend benötigt. Durch eine Neustrukturierung und Aufwertung alter Gewerbestandorte können Städte und Gemeinden viel tun, um Betriebe qualitativ hochwertige Standorte anzubieten. Grundsätzlich sollte im Sinne eines sparsamen Flächenverbrauchs die Innen- vor der Außenentwicklung zum Zuge kommen. Gewerbeflächen sollten stets planungsrechtlich abgesichert werden, um bei den Handwerksbetrieben die nötige Planungssicherheit zu gewährleisten.

1. **den weiteren Bürokratieabbau mit einer modernen Bau- und Vergabepolitik zu verbinden!**

Nur 15 Prozent aller Handwerksbetriebe in Schleswig-Holstein nehmen überhaupt an öffentlichen Ausschreibungen teil. Hauptgrund für die niedrige Quote sind eine aus Sicht der Betriebe überbordende Bürokratie z.B. durch umfangreiche Dokumentationspflichten. Damit das regionale Handwerk von öffentlichen Investitionen stärker als bisher profitieren kann, müssen Aufträge mittelstandsgerecht vergeben werden, das bedeutet vor allem die Vergabe von Fach- und Teillosen und nach möglichst einfachen, verständlichen und einheitlichen Standards. Gemeinden, Kreise und kreisfreie Städte sind darüber hinaus aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten bei Bund und Land einzubringen, weitere Bürokratiebelastungen für das mittelständische Handwerk in Schleswig-Holstein zu verhindern und bestehende Belastungen zu verringern. Das erst kürzlich zwischen der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden verhandelte millionenschwere Paket an die Kommunen wird in absehbarer Zeit zu einer verstärkten öffentlichen Vergabe führen. Ein kommunales Ziel sollte es aus Sicht des schleswig-holsteinischen Handwerks sein, öffentliche Aufträge möglichst in der Region und im Land zu vergeben. Das stärkt nicht nur die regionalen mittelständischen Betriebe und ihre Mitarbeiter, sondern auch die gesamte Wirtschaftskraft des Landes über Steuern und Abgaben und käme allen Menschen in Schleswig-Holstein zugute.

1. **den Diesel nicht zu entwerten und gleichzeitig den Weg in die Zukunft mit einer flächendeckenden öffentlichen E-Landeinfrastruktur zu bereiten!**

Die drohenden Diesel-Fahrverbote in Städten wie Kiel sorgen für eine große Verunsicherung, weil die Handwerksbetriebe befürchten müssen, die Innenstädte und damit ihre Arbeitsplätze nur noch aus der Ferne sehen zu können. Die Auftragsbücher im Handwerk sind voll, so dass derzeit Vorausplanungszeiten von einem halben Jahr und mehr keine Seltenheit mehr sind. Die Betriebe können ihren Kunden aber nur dann eine Terminzusage machen, wenn sie sicher wissen, dass sie in den nächsten Monaten ihren Kunden auch erreichen oder beliefern können.

Ursache und Wirkung dürfen deshalb politisch nicht in einen Topf geworfen werden. Der Diesel wird im Handwerk weiter gebraucht!

Und trotzdem müssen wir uns auf die Zukunft vorbereiten.

Das Handwerk fordert, dass zukünftige steuernde Eingriffe der Kommunen in die Rahmenbedingungen, unter denen Handwerksbetriebe, deren Kunden, Mitarbeiter und Auszubildende ihre Mobilität organisieren müssen, nur in enger Abstimmung mit den betroffenen Verbänden erfolgen sollten. Dies betrifft insbesondere die Bereitstellung einer öffentlichen und halböffentlichen Ladeinfrastruktur, um der E-Mobilität zum Durchbruch zu verhelfen.

Darüber hinaus können Kommunen eine deutlich kurzfristigere und unmittelbarere Verbesserung der Verkehrssituation und eine Verminderung der Emissionen dadurch erreichen, indem sie die Verkehrsflüsse verbessern. So führen gleichmäßigere Verkehrsflüsse in Städten und Gemeinden zu einer stärkeren Verringerung von Feinstaub- und Stickoxid-Emissionen als eine Veränderung der Fahrzeugflotte hin zu E-Fahrzeugen im unteren Prozent-Bereich. Das Einrichten und Beibehalten von Grüner Welle, eine intelligente Verkehrsleitplanung und die Schaffung eines möglichst gleichmäßig fließenden Verkehrs helfen maßgeblich, umwelt- und gesundheitsbelastende Emissionen zu verringern. Hier können Kommunen ganz direkt positiv Einfluss nehmen.